

NZZ, 9.3.2015

Nidwalden bremst Frühfranzösisch nicht

P. S. · Der Kanton Nidwalden hat ein Signal für die Mehrsprachigkeit gesetzt. Der Weg mit zwei Fremdsprachen in der Primarschule wird fortgesetzt. Mit 61,72 Prozent Nein-Stimmen, und damit überraschend deutlich, haben die Stim-menden eine Initiative der SVP abgelehnt, die nur eine Fremdsprache in der Primarschule forderte und der das Frühfranzösisch zum Opfer gefallen wäre.

Schweiz, Seite 9

Kommentar, Seite 9

Ein kluger Entscheid

Harmos-Bilanz bleibt abzuwarten



Hier wird nun erst recht weiterhin französisch parliert: Blick in ein Deutschschweizer Primarschulzimmer.

CHRISTIAN BEUTLER / KEYSTONE

UZZ, 5.3.2015

Signal für Frühfranzösisch

Nidwalden lehnt Fremdsprachen-Initiative der SVP überraschend deutlich ab

Der Kanton Nidwalden spielt in der Sprachenfrage nicht den Winkelried und behält das Frühfranzösisch in der Primarschule bei. Die Erleichterung in der Romandie und bei den Bildungsdirektoren ist gross.

Erich Aschwanden, Andrea Kucera

Mit einem so deutlichen Resultat hatte niemand gerechnet: Mit 61,72 Prozent Nein-Stimmen haben die Nidwaldnerinnen und Nidwaldner eine Initiative der SVP abgelehnt, die nur eine Fremdsprache in der Primarschule forderte und der faktisch das Frühfranzösisch zum Opfer gefallen wäre. Nur gerade die kleinste Gemeinde, Emmetten, befürwortete das Volksbegehren, das auch von der Regierung unterstützt wurde.

Kollektive Erleichterung

Eine Behauptung sei gewagt: Hätte der Kanton Nidwalden gewissermassen im stillen Kämmerlein in dieser Frage entschieden können, wäre das Resultat nicht so deutlich ausgefallen. Doch insbesondere in der Romandie, aber auch im Tessin stiess der erste Volksentscheid, der am Fremdsprachenunterricht nach dem Modell 3/5 gerüttelt hätte, auf riesiges Interesse.

Wie der Nidwaldner Bildungsdirektor Res Schmid (svp.) erklärt, hat der nationale Fokus auf den Kanton einen

entscheidenden Einfluss ausgeübt. Die Heimat Winkelrieds habe in dieser Frage nicht den Winkelried spielen wollen, so Schmid.

Kollektive Erleichterung herrschte nach der Bekanntgabe des Abstimmungsresultates in der Westschweiz. Die jurassische Erziehungsdirektorin Elisabeth Baume-Schneider (sp.) sprach von einem grossartigen Resultat: «Für die französischsprachige Schweiz ist das ein positives Signal: Die Minderheit wird respektiert.» Sie hofft, dass das Verdikt auch anderen Kantonen zu denken geben werde, die das Frühfranzösisch abschaffen möchten.

«Nach heute sollten wir endlich aufhören, von einem Sprachenstreit zu sprechen. Das Resultat aus Nidwalden zeigt, dass es in der Schweiz keinen Sprachenstreit gibt», ist der Waadtländer FDP-Nationalrat Fati Derder überzeugt. Er hofft, dass die Botschaft aus Nidwalden zur Beruhigung der Gemüter beiträgt. Didier Berberat, Neuenburger SP-Ständerat und Präsident der Vereinigung für die Verteidigung des Französischen, erwartet, dass nun eine föderalistische Lösung zustande kommt, dass sich also die Kantone einig werden. Die Möglichkeiten für Austausch unter den Landesteilen müssten unbedingt ausgebaut werden.

Hoffnung auf Ruhe

Sehr erfreut über das klare Nein zur Fremdsprachen-Initiative zeigte sich der Präsident der Erziehungsdirekto-

renkonferenz (EDK), der Basler Bildungsdirektor Christoph Eymann. Der EDK-Vorstand sei erleichtert, dass die Stimmberechtigten des Kantons Nidwalden ein Bekenntnis zur Mehrsprachigkeit des Landes abgegeben hätten. «Die Bewohner des kleinen Zentralschweizer Kantons haben über den kantonalen Tellerrand hinausgeblickt und eine gute Entscheidung getroffen», erklärte Eymann. Beim Bundesamt für Kultur (BAK) nimmt man die Ablehnung der Fremdsprachen-Initiative zur Kenntnis, wie Sprecherin Anne Weibel auf Anfrage sagte. Sie will den Entscheid inhaltlich nicht kommentieren. Das BAK veröffentlichte Ende Februar einen Bericht, in dem es festhielt, im Streit um den Fremdsprachenunterricht könne der Bund den Kantonen nötigenfalls vorschreiben, die Kinder bereits in der Primarschule in einer zweiten Landessprache zu unterrichten.

Am vergangenen Montag hatte Bundesrat Alain Berset in der Antwort auf eine Interpellation von Ständerat Urs Schwaller (Freiburg, cvp.) bekräftigt, dass der Bund, der im Juni entscheiden soll, die Bilanz der kantonalen Erziehungsdirektoren zum Fremdsprachenunterricht abwarten will. Erst dann wolle der Bundesrat über das weitere Vorgehen und ein allfälliges Eingreifen entscheiden. Das überraschend eindeutige Ja der Nidwaldner dürfte das Warten auf diesen Bericht wesentlich leichter machen. Auch EDK-Präsident Eymann hofft, dass auf eidgenössischer Ebene Ruhe bis zum Sommer einkehre.

Michael Schoenenberger · Die Nidwaldner Stimmbürger haben entschieden: In der Primarschule sollen auch künftig zwei Fremdsprachen unterrichtet werden. Dieser Entscheid ist zu begrüssen. Ein Ja zur Volksinitiative aus SVP-Kreisen hätte unnötigerweise die sprachlichen Minderheiten in diesem Land weiter provoziert. Romands wie Tessiner – ohnehin in vielen Abstimmungen überstimmt – hätten sich zu Recht gefragt, wie ernst es der Deutschschweizer Mehrheit mit dem gedeihlichen Umgang mit Minderheiten ist.

In der Deutschschweiz ist, das machen zahlreiche Initiativen und Vorstösse deutlich, eine Haltung zur Mode geworden, die in einer Sprache nur ein profanes Verständigungsmittel sieht. Es genüge doch, rufen die Apologeten des Englischen, sich landesintern auf diese weltweite Verkehrssprache zu einigen. Einfacher sei das und erst noch besser. Warum also französische Vokabeln büffeln und sich mit deutscher Grammatik abmühen, wenn sich die englische Sprache doch aufdrängt? Die Antwort ist einfach: Romands sollen früh Deutsch und Deutschschweizer früh Französisch lernen, weil sie damit Einblick erhalten in eine andere Kultur und in ein anderes Denken, was ihnen sonst mit grösster Wahrscheinlichkeit verborgen bliebe. Das ist letztlich der staatspolitische Aspekt von Frühfranzösisch und von Frühdeutsch an hiesigen Primarschulen.

Wer mit älteren Menschen spricht, hört oft einen Einwand: Früher, als noch kein Französisch in der Primarschule unterrichtet worden sei, sei die Schweiz auch nicht auseinandergefallen. Das ist richtig. Nur wird hier verkannt, dass sich die Schweiz auch gesellschaftlich verändert. Globalisierung, Individualisierung und gestiegene Mobilität hinterlassen Spuren: Die Landesteile sind in den letzten zwanzig Jahren bestimmt nicht näher zusammengedrückt. Zum vielzitierten Zusammenhalt kann ein früh einsetzender und guter Unterricht in der zweiten Landessprache ebenso wie ein intensiver Austausch über die Sprachgrenzen hinweg beitragen.

Wie geht es weiter? Der Bund wird die Bilanz der Kantone zur Harmonisierung der Schule abwarten. Sollte sich zeigen, dass die Bemühungen der Kantone der Bundesverfassung nicht gerecht werden, ist er dazu verpflichtet einzugreifen. Ein denkbarer Weg führt über das Sprachengesetz. Dieses, so schlägt das Bundesamt für Kultur vor, könnte durch den folgenden Satz ergänzt werden: «In der zweiten Landessprache beginnt der Unterricht auf der Primarschulstufe.» Besser wäre, eine Intervention des Bundes würde gar nicht nötig. Immerhin haben die Nidwaldner sich nun zur Sprachenstrategie der Erziehungsdirektoren bekannt. Das könnte ein Signal für andere Kantone sein.